

Wir sind heute zum Interview bei Herrn Professor Heidenreich, um einmal zu erfahren, was Ihre Tätigkeiten hier an der Universität sind, wie Sie zu Ihrem Beruf gekommen sind, was Sie an Lehre fasziniert und warum Professor der vielleicht schönste Beruf der Welt ist. Vielleicht wollen Sie uns zunächst kurz erklären, wer Sie sind, was Sie machen und warum Sie an dieser Universität arbeiten.

Ja, zunächst ganz herzlichen Dank für die Einladung von Ihnen, Herrn Professor Brinker und von Ihnen, Frau Doktor Meincke. Mein Name ist Martin Heidenreich, ich habe seit 2007 die Professur für Sozialstrukturanalyse in Deutschland im europäischen Vergleich in Oldenburg inne. Vorher war ich Professor für Europaforschung an der Universität Bamberg. Ich bin hierhin gekommen, weil ich hier auch enorme Chancen gesehen habe, das Institut für Sozialwissenschaften komplett neu mit meinen neu eingestellten Kollegen aufzubauen, und zwar als politikwissenschaftlich-soziologisches Institut, auch mit dem Schwerpunkt Europa und transnationale Prozesse.

Das freut uns zu hören, dass jemand aus Franken hier in unsere Region gekommen ist. Auch gerade im Bereich Sozialwissenschaften, gerade da die Universität Bamberg einen sehr guten Ruf hat und man Sie hier in die Region – wenn man das so salopp formulieren darf – abwerben konnte. Da sind wir auch gleich beim Stichwort: Politikwissenschaften mit Soziologie verbinden. Was ist der Schwerpunkt dieses Institutes, wie haben Sie das aufgebaut, welche Schwerpunkte und welche Themenstellungen sind hier für Sie in Oldenburg relevant?

Ein solches Institut, das vor allem im Bereich der Lehrerausbildung tätig ist, hat natürlich unterschiedlichste Schwerpunkte. Im Bereich der internationalen Beziehungen, im Bereich der Wahlforschung, im Bereich der Innovationsforschung, im Bereich der Lebenslaufanalyse, der Analyse des Wandels privater Lebensformen, der Methodik der Netzwerkforschung, der Theorieentwicklung. Da haben wir unterschiedlichste Spezialisierungen. Ein zentraler Schwerpunkt liegt sicherlich im Bereich der sozialen Ungleichheiten und der grenzüberschreitenden Vergesellschaftungsprozesse.

Vielleicht können Sie uns einmal kurz erklären, was denn überhaupt ein Vergesellschaftungsprozess ist, bevor wir vielleicht in Europa und europäische Ländervergleiche einsteigen. Ich weiß nicht, ob jedem so bewusst ist, was Vergesellschaftung im Allgemeinen und vor allem jetzt für Soziologen und Politikwissenschaftler bedeutet.

Ja, vielleicht kann man das am Beispiel Europas sehr gut klar machen. Zu Beginn war die Europäische Union, beziehungsweise ihre Vorläuferorganisation, einfach ein internationaler Zusammenschluss souveräner Nationalstaaten. Aber mittlerweile ist Europa zu einem gesellschaftlichen Raum geworden. Man forscht in Europa, man lebt in Europa, man heiratet

über nationale Grenzen hinweg, man studiert über nationale Grenzen hinweg. Gerade in Oldenburg haben wir ja sehr viele ausländische Gaststudierende und die Unternehmen sind im europäischen Raum tätig. Insbesondere der Brexit hat klargemacht, dass Europa auch ein gemeinsamer Wirtschafts- und Währungsraum ist, aus dem man praktisch nicht mehr aussteigen kann. Insofern tritt Europa als gesellschaftlicher Raum neben den Nationalstaat, in dem sich ja in der Nachkriegszeit ein Großteil der sozialen Beziehungen konzentrierte. Das meinen wir damit, dass Europa ein Vergesellschaftungsraum, also ein vergesellschafteter Raum ist.

Wenn Europa vergesellschaftet wird oder in einem Vergesellschaftungsprozess ist, was glauben Sie, wohin wird sich das weiterentwickeln? Also wenn man auch auf den Brexit schaut und es steigt jemand aus, birgt das aus forschungstheoretischer Perspektive ja Gefahren und es führt vielleicht auch dazu, dass andere Länder in der Europäischen Union sagen, diesen Prozess wollen wir vielleicht nicht gehen. Was bedeutet das, wenn man den Vergesellschaftungsprozess auf europäischer Ebene weiter vorantreibt?

Vergesellschaftungsprozesse bedeuten ja nicht immer nur Friede, Freude, Eierkuchen und Harmonie, sondern auch und vor allem Konflikte. Man streitet sich in einem gemeinsamen gesellschaftlichen Raum, und das erleben wir ja jetzt ganz intensiv am Beispiel der populistischen Bewegungen. An sich hat diese Vergesellschaftung eben auch den Aspekt, dass man sich streitet und sich auseinandersetzt, dass man die eigenen Lebensbedingungen eben auch mit den Lebensbedingungen der Nachbarn vergleicht und sich dann bevorzugt oder meistens benachteiligt fühlt. Das sind auch Facetten von Vergesellschaftungsprozessen, und ob man da rauskommt und aussteigt? Großbritannien bleibt ja ohnehin Teil Europas, es ist nicht auf einmal in Amerika oder in Asien. Ob sie die EU verlassen können, ich bin extrem unsicher, ob das klappt, denn dann muss man nationale Grenzen wiederaufbauen, und das könnte gerade in Irland zu massiven Konflikten führen oder zum Krieg, das haben wir jetzt erlebt, und natürlich zu wirtschaftlichen Friktionen. Die Automobilindustrie scheint sich komplett aus Großbritannien zurückzuziehen, weil man grenzüberschreitende Wertschöpfungsprozesse mit Zollgrenzen oder nicht-tarifären Handelshemmnissen einfach nicht mehr bewältigen kann.

Was glauben Sie, warum dieser Prozess in Großbritannien überhaupt entstanden ist? Er ist ja über eine Volksabstimmung entstanden und man hat da beschlossen, man steigt jetzt aus der Europäischen Union aus. Wenn man das aus einer theoretischen oder analytischen Perspektive sieht, dann hat es ja auch in der Bevölkerung Entwicklungen gegeben, warum es zu diesem Prozess gekommen ist, und das hat natürlich

auch etwas mit der Fragestellung der Vergesellschaftung zu tun. Also sind da zwei unterschiedliche Interessenspole oder gibt es unterschiedliche Kommunikationsprozesse, warum entsteht so etwas überhaupt?

Zunächst muss man sagen, dass Großbritannien natürlich immer Probleme mit der EU hat, das hängt einfach mit der Geschichte des britischen Empire, was ja auch ein globales Empire war, zusammen. Und dann auf eine europäische Rolle zurückzufallen, kann natürlich als Abwertung erlebt werden. Zweitens hat der Brexit meiner Meinung nach vor allem auch innerbritische Ursachen. Der Brexit war in erheblichem Maße auch das Ergebnis der Finanzmarktkrise ab 2008, die Großbritannien enorm getroffen hat. Die britische Regierung hat eine massive Austeritätspolitik betrieben, was zur Verarmung vieler Regionen geführt hat. Die Ungleichheiten in Großbritannien sind im europäischen Maßstab extrem hoch und sie sind vor allem regional konzentriert. Auf der einen Seite haben Sie eine boomende Hauptstadtregion. London ist das europäische oder globale Finanzmarktzentrum, und daneben haben Sie zahlreiche abgehängte, alt-industrielle Regionen, die eben wirtschaftlich wenig Perspektiven haben. Diese innerbritischen Spaltungen waren natürlich eine zentrale Ursache für den Brexit.

Warum gibt es das dann nicht in Spanien oder in Italien?

Das gibt es auch in Italien oder Spanien. Auch in Deutschland gibt es diese Spannungen. Denken Sie an die Wahlergebnisse der Europawahlen. Natürlich gibt es diese innerstaatlichen Spannungen überall, denn Europäisierung und Globalisierung bedeutet auch Gefährdung des sozialen Zusammenhalts, Anspannung und Risiken. Man kann nicht in einer globalen Wirtschaft mithalten, ohne dass es auch Verlierer gibt, und diese Konflikte müssen eben vor allem auf nationaler Ebene, zunehmend aber auch auf europäischer Ebene geregelt und abgefedert werden.

Gibt es Ansätze dafür das zu regeln? Was würden Sie aus Forschungsperspektive empfehlen?

Also, zunächst einmal muss man davon ausgehen, dass es kein entwickeltes, soziales Europa gibt. Man redet seit Jahrzehnten von einem sozialen Europa, aber das, was es gibt, ist rudimentär. Die Nationalstaaten sind die zentralen und absolut dominanten Akteure im wohlfahrtsstaatlichen Bereich. Nur bei Harmonisierungsregelungen und bei der Gleichstellung von Mann und Frau und auch bei der Modernisierung von Beschäftigungsstrategien hat die Europäische Union eine gewisse Rolle übernommen. Daneben auch im Bereich der Regional- und Agrarpolitik zwischenstaatliche Transfers. Ich glaube aber, dass die Währungsunion die soziale Rolle der EU auf die Agenda gesetzt hat. Man muss es angehen, weil man in einer Währungsunion eben nicht mehr wie bisher Währungen abwerten und damit Spannun-

gen entdramatisieren kann. Damit kann man nur noch real abwerten, d. h. entweder die Löhne senken oder Arbeitsplätze abbauen, was natürlich zu einer höheren Arbeitslosigkeit führt. Andere Puffermechanismen in einer Währungsunion wären – nach dem Wegfall der Möglichkeit von Abwertungen – Migration oder zwischenstaatliche Transfers. Beide spielen aber eine geringe Rolle.

Können Sie das einmal anhand der einzelnen Länder vielleicht etwas vertiefender erläutern? Was bedeutet das, also diese zwei Mechanismen, die Sie jetzt gerade genannt haben? Also entweder Erhöhung der Arbeitslosigkeit oder Verringerung der Löhne? Also, was bedeutet das, wenn man in einem Binnenmarkt wie Europa, beispielsweise in Italien, dann geringere Löhne bezahlen würde, welche Auswirkungen hätte das?

Bisher konnte man hohe Lohnforderungen, etwa eine Erhöhung um 20 %, einfach durch eine Abwertung der einheimischen Währung, im Falle Italiens etwa der Lira, kompensieren. Das geht jetzt nicht mehr. Italien ist von Beginn an, seit 1999, Teil des Euroraums. Wenn dann Gewerkschaften, die ja gerade im öffentlichen Dienst sehr stark sind, sehr hohe Lohnforderungen stellen, steigen die Arbeitskosten überdurchschnittlich. Nominallohnsenkungen sind politisch kaum durchsetzbar. Das bedeutet konkret am Beispiel Südeuropas, dass die Arbeitslosigkeit auf Durchschnittswerte von über 20 % angestiegen ist. In Griechenland und Spanien ist die Jugendarbeitslosigkeit auf 50 bis 60 % explodiert, das heißt, eine ganze Generation ist nicht in den Arbeitsmarkt gekommen. Das war auch eine Folge der unglücklichen Architektur der Eurozone.

Wir reden ja jetzt schon die ganze Zeit über soziale Ungleichheit, über Langzeitarbeitslosigkeiten. Bestimmte Akteure finden nicht mehr oder überhaupt nicht in den Arbeitsmarkt, wie z. B. Jugendliche. Welche anderen Dimensionen von sozialer Ungleichheit gibt es denn aus Forschungsperspektive? Erstmal theoretisch, und dann würde mich im Nachgang natürlich interessieren, was das für soziale Ungleichheit auf europäischer Ebene bedeutet.

Wir haben jetzt vor allem über Arbeitsmarktungleichheiten geredet. Daneben gibt es natürlich auch Einkommensungleichheiten, das ist wahrscheinlich die absolut wichtigste Dimension von Ungleichheiten, und gesundheitliche Ungleichheiten; Ungleichheiten der Lebenszufriedenheit, Wohnungsungleichheiten und so weiter. Aber zunächst zur Einkommensungleichheit: Die Europäische Union ist in puncto Einkommensungleichheit eine absolute Erfolgsgeschichte. Die Einkommensungleichheiten haben sich seit der Osterweiterung, wenn man die EU 28 anschaut, deutlich reduziert. Insbesondere niedrigere Einkommensgruppen haben erheblich dazugewonnen. Das erklärt sich durch das Aufholen der osteuropäischen Länder. Aber innerhalb der bisherigen EU-Staaten, der Eurozone oder der EU 15-Staaten, haben

sich die Einkommensungleichheiten im Zuge der Eurokrise wieder erhöht, das heißt, Nord- und Südeuropa sind ungleicher geworden. Jahrzehntlang konnte man einen Konvergenzprozess beobachten. Die Mitgliedsstaaten wurden in wirtschaftlicher Sicht und auch in puncto Einkommen ähnlicher. Die EU ist also in dieser Hinsicht ein Erfolg. Das hat sich aber seit Beginn der Finanzmarkt- und Eurokrise 2008 verändert. Im Kernbereich der EU nehmen die Einkommensungleichheiten zu und insbesondere in Südeuropa und in Großbritannien und Irland sinken die realen Einkommen der niedrigen Einkommensgruppen. Das unterste Zehntel verdient jetzt weniger als 2008, und das führt natürlich zu massiver Unzufriedenheit, sowohl in Südeuropa als auch in Großbritannien.

Und aus Forschungsperspektive? Welche Möglichkeiten gäbe es auf europäischer Ebene, dort gegenzusteuern, oder gibt es die überhaupt? Oder ist das ein gesellschaftlicher Aushandlungsprozess, oder wie wird das bewertet?

Also man muss erstmal sagen, welche Möglichkeit es nicht gibt. Die Migration innerhalb Europas ist relativ gering. Es gibt Migrationsprozesse, aber meistens aus außereuropäischen Ländern. Innereuropäische Migration wäre ein möglicher Puffermechanismus. Sie nimmt an Bedeutung zu, macht aber nur etwa ein Drittel der gesamten Migration aus. Ein zweiter Puffermechanismus wären Transferzahlungen. Länder, denen es besser geht, zahlen für Länder, die sich anpassen müssen. Das heißt konkret, Kontinental- und Nordeuropa für Südeuropa. Da gibt es rechtliche Grenzen, das ist im Vertrag von Maastricht im Artikel 125 untersagt. Darauf bestehen Deutschland und die nordeuropäischen Länder. Ich halte Puffermechanismen, das heißt ein Einstieg in eine Transferunion, für absolut notwendig, denn ansonsten kann man den sozialen Zusammenhalt im Fall einer erneuten Eurokrise nicht mehr garantieren. 50 bis 60 % Jugendarbeitslosigkeit hält keine Gesellschaft durch. Also, vieles spricht für mich dafür, dass man über Eurobonds oder eine Europäisierung der Arbeitslosenversicherung nachdenkt.

Ist das schon konkret und welche Auswirkungen hätte das? Also, man wüsste ja, welche Auswirkungen das für Südeuropa hätte, es würde abgefedert werden. Warum werden Deutschland und auch die nordeuropäischen Staaten sowie Zentraleuropa sich wahrscheinlich nicht mit auf diesen Weg begeben oder nur unter ganz speziellen Voraussetzungen?

Man ist ja teilweise diesen Weg bei den Rettungsfonds schon gegangen. Das war eine relativ kleine Belastung für Deutschland, über den Daumen 40 Milliarden. Die Bankenrettung in Deutschland war viel teurer, sie hat bis jetzt etwa 60 Milliarden gekostet. In der EU spielen selbstverständlich nationale Interessen eine zentrale Rolle. Ich vermute aber, dass, wenn man die EU stabilisieren will, man dann nicht daran vorbeikommt, über Formen des sozialen

Ausgleichs, und das heißt teilweise auch Transferunion, nachzudenken.

Gleichzeitig ist es aber ja so, dass die Wirtschaftsstruktur in diesen südlicheren Staaten gar nicht der Wirtschaftsstruktur der kontinentalen und nordeuropäischen Staaten standhält. Das bedeutet, dass, wenn da Transferzahlungen geleistet werden, die Wahrscheinlichkeit, dass dann dort entsprechend Wirtschaftskraft generiert wird, sich nicht deutlich erhöhen wird, weil eben die Wirtschaftskraft, so wie sie da momentan gegeben ist, nicht passt. Das würde bedeuten, dass man eigentlich die Löhne senken müsste, damit man entsprechend produktions- und wettbewerbsfähig gegenüber den nördlicheren Staaten oder Zentraleuropa ist, aber dass das funktioniert, haben Sie vorhin ausgeschlossen. Wie lässt sich dieser Konflikt aus Sicht einer Ungleichheitsforschung lösen? Aus einer wirtschaftspolitischen Sicht hätte man da wahrscheinlich andere Gedanken, aber wie würde man das aus Sicht von Ungleichheitsforschung sehen, weil es natürlich auch dort gewährleistet werden muss, dass diese Regionen dann irgendwann eigenständig und nicht nur über Transferzahlungen wettbewerbsfähig werden. Und zwar nicht nur aufgrund der Wirtschaftskraft, sondern auch was den sozialen Zusammenhang anbelangt, sind Abhängigkeiten von anderen auf Dauer problematisch zu bewerten. Also, diesen Prozess sieht man ja auch zwischen West- und Ostdeutschland, dass reine Transferzahlungen nicht zu einem gewünschten Ergebnis führen und vor allen Dingen aus einer sozialwissenschaftlichen Perspektive auch nicht zur Steigerung des Zusammenhalts führen.

Ich stimme Ihnen da vollkommen zu, dass Transferzahlungen letztendlich nur Anpassungen temporär finanzieren können. Sie haben die Funktion, Modernisierung und Strukturwandel zu fördern und zu finanzieren. Wir wissen auch am Beispiel der eigenen deutschen Geschichte, dass ohne massive deutsch-deutsche Transfers der Strukturwandel in Ostdeutschland nicht so schnell erfolgt wäre. Das heißt, es geht um die Finanzierung von Anpassungen. In erheblichem Maße ist die Europäische Union ein Modernisierungsprojekt. Nach dem Sturz diverser Militärdiktaturen sind zunächst die südeuropäischen Länder ab den 80er Jahren der EU beigetreten. Die Modernisierung dieser Agrargesellschaften ist unterschiedlich weit vorangekommen, das ist ganz klar, aber trotzdem sind es gigantische Erfolge. Ähnliche Erfolge, wie man ja jetzt am Beispiel Osteuropas auch beobachten kann, wo die Wirtschaft ja boomt und sich auch in der Krise sehr gut entwickelt hat. Mittel- und Osteuropa ist auch in der Euro- und Finanzmarktkrise gewachsen und hat enorm aufgeholt. Teilweise sind die osteuropäischen Länder sogar leistungsfähiger und haben eine höhere Wertschöpfung als die südeuropäischen Länder. Das bedeutet, dass Europa zwar nach wie vor durch erhebliche Unterschiede zwischen peripheren und zentralen Regionen gekennzeichnet ist, dass sich aber die mittel- und osteuropäische Peripherie erfolgreich in die europaweiten industriellen Wertschöpfungs-

prozesse integriert und dadurch erheblich aufgeholt hat. Die Arbeitslosigkeit und die Risiken von Armut und sozialer Ausgrenzung sind erheblich geringer als in den ersten Jahren der postsozialistischen Transformationsprozesse, während sie in Südeuropa dramatisch angestiegen sind.

Ich würde ganz gern nochmal ein bisschen von diesen wirtschaftlichen Verhältnissen weggehen und eher zu den gesellschaftlichen Prozessen, die entsprechend dort vor Ort ablaufen, kommen. Wie kann man gewährleisten, dass sich diese gesellschaftlichen Prozesse aus einer sozialen Konstruktion, und da sind wir vielleicht auch bei so Fragen wie Gesundheitsversorgung und ähnlichem, auch in diesem Zusammenhang modernisieren? Und was bedeutet es, die Europäische Union als einen politischen Raum zu betrachten? Also nicht nur als einen wirtschaftlichen, das war es am Anfang, also so wie begonnen wurde, aber gleichzeitig immer mit der Fragestellung, was bedeutet das für den gesamten Kontinent als ein politikwissenschaftlicher Raum, als ein politischer Raum? Und da spielt wahrscheinlich Ungleichheit eine Rolle als ein zentraler Mechanismus.

Ja, Sie haben vollkommen Recht, und tatsächlich haben wir in unserer DFG-finanzierten Forschergruppe auch weitere Themen analysiert, nicht nur das Thema soziale Ungleichheit. Wir haben den europäischen Hochschulraum angeschaut, wir haben die europäische Asylverwaltung untersucht, wir haben die Bereitschaft zu transnationaler, europäischer Solidarität im Rahmen einer Forschergruppe analysiert. Wir haben die Alltagspraktiken der Menschen im europäischen Raum betrachtet, wir haben die Chancen und vor allem die Barrieren für eine europäische Lohnpolitik analysiert. In all diesen Feldern und gesellschaftlichen Bereichen haben wir gesehen, dass nationalstaatliche Regulierungen immer mehr an Grenzen stoßen und dass die EU komplementär zum Nationalstaat, also nicht alleine, an zentraler Bedeutung gewinnt.

Können Sie das nochmal an den einzelnen Beispielen vielleicht ein bisschen verdeutlichen, soweit Ihnen das möglich ist? Soweit ich weiß, waren Sie Sprecher der Forschergruppe des DFG-Projektes, das war ein sehr großes Projekt, auch für Oldenburg als zentrale Anlaufstelle. Können Sie zusammenfassend für die einzelnen Bereiche darlegen, was das Besondere ist und warum die Europäische Union der zentrale Anker wird, um diese Entwicklungen voranzutreiben?

Ja, das ist richtig. Wir haben sieben Projekte durchgeführt und haben Vergesellschaftungsprozesse in diesen Bereich der Hochschulpolitik, im Bereich der Asylverwaltung, der transnationalen Solidarität, der Alltagspraktiken der Menschen, der Lohnpolitiken analysiert. Nehmen wir beispielsweise den Bereich der Hochschulpolitik. Da hat sich die EU durch die

Rahmenförderprogramme, Rahmenforschungsprogramme und durch den European Research Council als zentraler Akteur neben den nationalen Fördereinrichtungen etabliert. Der ERC ist enorm prestigeträchtig und genießt eine europa- und weltweite Reputation. Diese Europäisierung im Hochschulbereich erfolgte in enger Anlehnung vor allem an US-amerikanische Entwicklungen und Akteure.

Und was bedeutet das, also ist das aus einer Forschungsperspektive positiv oder eher negativ zu bewerten?

Das bedeutet natürlich auch, dass manche Universitäten zu den Gewinnern gehören, zu europäischen Leuchttürmen werden und andere es nicht werden. Das heißt, die Unterschiede zwischen Ländern und auch zwischen Universitäten innerhalb von Ländern nehmen zu.

Da wären wir dann wieder bei dem Thema Ungleichheit. Welche Auswirkungen hat das, wenn es in Europa im Prinzip nur noch einzelne Leuchtturmuniversitäten gibt und dann noch andere?

Mein Kollege Münch kritisiert diese Entwicklungen als akademischen Kapitalismus. Er hält das in erheblichem Maße auch für Geldverschwendung, weil er sagt, dass letztendlich nicht Universitäten exzellent sind, sondern einzelne Forschergruppen oder einzelne Forscherpersönlichkeiten. Er spricht sich eher, auch in der humboldtschen Tradition, für die Förderung von Forscherpersönlichkeiten und Forschergruppen aus. Was aus Bamberger Sicht – Richard Münch ist in Bamberg tätig – natürlich ein zentraler Punkt ist, denn Bamberg hat sich erfolgreich gegenüber sogenannten „Elite-Universitäten“, das heißt Münchner Universitäten, profiliert, gerade im Bereich der Sozialwissenschaften. Oder im Bereich der Asylpolitik, ein weiteres Thema, dort gibt es eine grenzüberschreitende Asylverwaltung, die zu einer Vereinheitlichung und einer Koordinierung der nationalen Asylpolitik führt und die auch im Rahmen der Migrations- und Asylkrise 2015 sehr gut weitergearbeitet hat und von den Turbulenzen im politischen Raum relativ wenig beeinflusst war.

Und was bedeutet das, also was machen die dort konkret und wie trägt es dazu bei, dass wir einen – ich komme immer wieder darauf zurück – Vergesellschaftungsprozess in Europa bekommen, weil das ja eher unaufgeregt abläuft, wenn ich das richtig verstanden habe.

Es läuft unaufgeregt, aber nicht konfliktfrei ab, denn Dublin bedeutet natürlich auch, dass man zurückschieben kann. Man kann Flüchtlinge, die in Deutschland ankommen, aber zuerst in Italien Asyl beantragt haben, nach Italien zurückschicken. Das ist die europäische Regel und natürlich ist das nicht nur im italienischen oder griechischen Interesse, und im Rahmen dieser Asylverwaltung werden dann Vereinbarungen gefunden. Ein weiteres The-

ma: transnationale Solidarität. Meine Berliner und Leipziger Kollegen haben europaweit Menschen nach ihrer Bereitschaft gefragt, solidarisch mit anderen EU-Bürgern und anderen EU-Staaten zu sein. Und die Bereitschaft auch zu finanziellen Opfern war erstaunlich hoch, wenn sich die entsprechenden Länder nach Ansicht der Befragten verantwortlich verhalten haben, d. h. unverschuldet in Not geraten sind.

Was heißt erstaunlich hoch? Können Sie das an Zahlenmaterial belegen?

83 % für Regionen im eigenen Land, 66 % für andere EU-Länder und 49 % für Nicht-EU-Staaten. Über 70 % der Deutschen sind bereit, die vor allem südeuropäischen Krisenländer oder ärmere mitteleuropäische Länder zu unterstützen.

Was heißt, wenn sich die Staaten und Bürger verantwortlich zeigen oder damit verantwortlich umgehen? War das eher eine qualitative Frage?

Die Bereitschaft, mit Griechenland solidarisch zu sein, war etwas geringer als im Durchschnitt. Auch haben die Bürger klare Erwartungen, welche Bedingungen die jeweiligen Länder im Gegenzug für finanzielle Hilfen erfüllen sollten – etwa eine Vermögenssteuer, ein Beschäftigungsabbau im öffentlichen Dienst, eine höhere Mehrwertsteuer oder ein höheres Renteneintrittsalter.

Wie kann man denn verhindern, dass gerade, wenn es um Transferzahlungen an andere Staaten gehen würde, dort dann entsprechende Prozesse eingeleitet werden, die auch für die Teile der Bevölkerung, die die Transferzahlungen leisten soll, akzeptabel sind?

Ich glaube, ein zentraler Punkt ist die Einführung und Stärkung einer europäischen Mindestsicherung. In vielen südeuropäischen Staaten gibt es keine Mindestsicherung, also das, was in Deutschland als Hartz IV bekannt ist. Das heißt, die Familie ist die einzige Mindestsicherung. Manchmal gibt es auf regionaler Ebene eine Mindestsicherung. Aber nationale Mindestsicherungssysteme gibt es in vielen südeuropäischen Staaten nicht. Darum glaube ich, ein zentraler Punkt ist der europaweite Aufbau und die Stärkung und vielleicht auch die europäische Förderung nationaler Mindestsicherungssysteme. Man könnte Menschen bis zu 60 % des nationalen Durchschnittseinkommens absichern.

Da würde jetzt jemand Externes fragen: Wie soll das entsprechend finanziert werden?

In erheblichem Maße durch die Nationalstaaten, die jetzt erhebliche Summen in eine klientelistisch organisierte und damit viel zu teure Altersabsicherung stecken, und vielleicht subsidiär durch die europäische Ebene.

In diesem DFG wurde ja oder wird auch noch die Professionalisierung Europas betrachtet. Wie weit ist die denn vorangeschritten, können Sie da schon Aussagen zu treffen?

Die Kollegen haben Experten befragt, die vor allem im Bereich der EU-Fördermittel beratend tätig sind. Von daher sind die Wissensbestände und Standards von vornherein europäisiert: Was ist gute Beratung, wie kann man Kollegen zu Anträgen motivieren und wie kann man sie dabei unterstützen? In diesem Bereich haben meine Kollegen durchaus eine Professionalisierung und gemeinsame europäische Wissensbestände und Praktiken festgestellt. Aber meistens sind Professionen noch auf nationaler Ebene organisiert, das heißt, Ärzte, Anwälte, Fliesenleger sind weitestgehend national reguliert mit Ausnahme natürlich der Abschaffung des Meisterzwangs.

Und welche Auswirkungen hat das, dass das sehr national organisiert ist, für Europa? Muss das geändert werden, um die Vergemeinschaftung voranzutreiben und um ein gemeinsames stärkeres Europa zu erhalten, auch die Akzeptanz innerhalb Europas zu stärken, oder ist das aus Ihrer Sicht, aus einer Forschungsperspektive, o. k., wenn das auf nationalstaatlicher Ebene organisiert wird?

Ich sehe bei den meisten Professionen kein Problem bei einer weiterhin nationalen Organisation. Aber für immer mehr Professionen bis hin zur technischen Entwicklung und Wissenschaft sind europäische und globale Standards, Kontakte, Kenntnisse und Kompetenzen zentral. Und insofern ist ein zentraler Transformationsprozess, Professionen sind in nationalen Containern entstanden, aber definieren sich zunehmend grenzüberschreitend.

Jetzt propagiert ja die Europäische Union auch, dass man wirtschaftlich und auch sozial vorankommt, indem man diesen Wettbewerb der Regionen anspricht. Welche Auswirkungen hätte das denn, wenn man das forcieren würde, um quasi dadurch eine weitere Entwicklung – also man kann ja Transferleistungen machen, dann haben alle mehr oder weniger gleiche Verhältnisse und sind auf einem gleichen Niveau – ... Aber man kann natürlich auch im Gegensatz dazu argumentieren, dass ein Wettbewerb der verschiedenen Nationalstaaten oder Regionen in Europa förderlich für die weitere wirtschaftliche Entwicklung ist und deswegen Transferzahlungen vielleicht gar nicht so gut sind. Das ist jetzt quasi die Gegenthese.

Sie sprechen damit zwei unterschiedliche Punkte an. Den Wettbewerb von Regionen gibt es in einem extremen Maße. Europa ist gekennzeichnet vor allem durch eine räumliche Konzentration wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, d. h. durch die regionale Agglomeration wirtschaftlicher Stärke. Die erfolgreichsten Regionen konzentrieren sich im Kern Europas, und zwar in Deutschland, in Teilen Frankreichs, in den Benelux-Ländern, in Südengland und in

Norditalien, in Österreich und der Schweiz. Viele periphere Regionen hingegen sind weitgehend abgehängt, insbesondere in Südeuropa, aber in technologischer Sicht auch in Osteuropa. Osteuropa hat in wirtschaftlicher Hinsicht aufgeholt, aber Forschung und Entwicklung, Patente konzentrieren sich im Bereich der sogenannten „Blauen Banane“, also in dieser europäischen Kernregion. Es gibt also einen enormen regionalen Wettbewerb in Europa, und zwar einen Wettbewerb, wo eben die Kernregionen außerordentlich erfolgreich sind und außerordentliche Startvorteile haben. Es ist eben richtig schwer für Ostpolen, mit Baden-Württemberg zu konkurrieren. Diese Agglomerationseffekte überlagern neuerdings die Konvergenzeffekte, die die Geschichte der EU die letzten Jahrzehnte bestimmt hat. Darum nehmen die Ungleichheiten in Europa zu. Die Befürchtung oder die Hoffnung, dass durch Transferzahlungen diese Ungleichheiten verringert werden, habe ich nicht. Damit wird die Aufgabe, die Rationalisierungs- und Modernisierungsverlierer mitzunehmen und den sozialen Zusammenhalt in Europa sicherzustellen, immer wichtiger. Das bedeutet vor allem, dass man periphere Regionen im nationalen, aber auch im europäischen Kontext mitnimmt und sie auch dabei unterstützt, technologisch aufzuholen und wettbewerbsfähig zu werden und für ihre Einwohner attraktiv zu bleiben.

Wir haben jetzt viel über Ihre Forschungen geredet. Sie sind ja auch Professor hier an der Uni und mich würde noch interessieren, wie Sie Lehre betreiben. Also nicht, wie viele Stunden Sie haben und welche Stundenkontingente, sondern eher den Inhalt und wie Sie Studenten für diese Themen gewinnen und was Sie versuchen zu vermitteln.

Wir haben fast tausend Studierende am Institut, die wir in unterschiedlichsten Lehramtsstudiengängen, aber auch im Fachbachelor oder im Fachmaster ausbilden. Das heißt, die Lehrbelastung ist sehr hoch. Wir bieten viele Massenveranstaltungen an, ich biete zwei große Veranstaltungen an, die Einführung in die Soziologie, da bringe ich den Studierenden soziologische Grundbegriffe bei. Was sind Normen, was ist soziales Handeln, was ist Kommunikation. Und zweitens Sozialstrukturanalyse, da analysieren wir Wohlfahrtsstaaten, Familie, Wirtschaft und alle Institutionen, die eben Ungleichheiten, die Ungleichheitsentwicklungen in Deutschland, Europa und in der Welt bestimmen. Im Wintersemester sind das etwa 330 Studierende. Daneben unterrichte ich im Master Sozialwissenschaften. Wir haben uns für einen Master mit drei Schwerpunkten entschieden: Arbeit, Organisation und Wissen. Ich unterrichte vor allem in dem Arbeitsschwerpunkt, der sich mit dem Thema Arbeit und Ungleichheit beschäftigt, und versuche, die Studierenden in die empirische Analyse von Arbeitsmarkt- und Einkommensungleichheiten und anderen Ungleichheiten auf Grundlage von Mikrodatensätzen einzuführen. Und daneben biete ich noch kleinere Veranstaltungen an, etwa Lehrforschungen, Kolloquien und im Sommersemester eine englischsprachige Veranstaltung, in der ich Studierende in die sozialwissenschaftlichen Europastudien einführe.

Auf welche Daten greifen Sie denn zurück, wenn Sie mit den Studierenden arbeiten? Sie haben vorhin von Mikrodaten gesprochen. Was kann man sich darunter vorstellen, was ist das?

Wir arbeiten vor allem mit Datensätzen über die Arbeitsmarkt-, Einkommens- und Lebensbedingungen in Europa, da werden jedes Jahr eine halbe Million Bürger befragt.

Das wäre die nächste Frage: Was für Daten werden da erhoben?

Das sind Daten über die Lebenszufriedenheit der Menschen, über Zufriedenheit, über die Einkommenssituation, über die Arbeitsmarktsituation. Die werten wir dann statistisch aus.

Das wäre jetzt die Frage gewesen: Welchen Zusammenhang kann man denn zwischen den Variablen, die Sie gerade genannt haben, allgemein ableiten? Also, ist man zufriedener, wenn man mehr Einkommen hat, oder gibt es noch ein paar andere Variablen, die entscheidend sind?

Einkommen ist die zentrale Variable zur Erklärung von Lebenszufriedenheit, das ist ganz eindeutig. Das Spannende ist aber, dass nicht nur der Vergleich mit den Landsleuten wichtig ist, sondern auch die absolute Einkommenshöhe. Das heißt, das klingt vielleicht trivial, aber reichere Europäer sind zufriedener als ärmere Europäer. Das heißt, Griechen oder Bulgaren mit einem niedrigen Einkommensniveau sind weniger zufrieden, auch wenn sie im Vergleich zu ihren Landsleuten sehr gut dastehen. Das könnte darauf hindeuten, dass es so was wie einen europäischen Bezugsrahmen für Lebenszufriedenheit und Einkommenszufriedenheit gibt.

Das würde aber abgeleitet bedeuten, dass im Prinzip Europa als Bezugsrahmen, als einzelne Person betrachtet, schon deutlich weiter ist, als vielleicht allgemein angenommen wird. Also es wird auch oft gesagt, dass man sich auf den Nationalstaat konzentriert und dass man kein europäisches Gefühl oder Emotionen entwickelt. Wenn man aber Europa als Bezugsrahmen hat für sein Einkommen, für seine Lebenszufriedenheit, vielleicht für seine Infrastruktur und alles andere auch, dann ist man vielleicht auch schon einen Schritt weiter in der Entwicklung und der Bezugsrahmen ist eben nicht mehr nur der Nationalstaat.

So sehen wir das, obwohl methodisch sehr schwer ist, zwischen einem europäischen Referenzrahmen und der Tatsache, dass Menschen zufriedener sind, wenn sie mehr Geld haben, zu trennen. Erstmal ist die absolute Einkommenshöhe notwendig. Auf Grundlage ausschließlich europäischer Daten können wir dann nicht nachweisen, dass auch noch ein europäischer Bezugsrahmen wichtig ist. Wir versuchen das, indem wir die Einflüsse der europäi-

schen Politik auf Einkommenszufriedenheit ermitteln. Es gibt beispielsweise eine europäische Beschäftigungspolitik, die auf eine höhere Beschäftigungsquote abzielt, und wir können nachweisen, dass Menschen dann zufriedener sind, wenn sie bessere Arbeitsmarktchancen haben. Wir führen das auch auf das Wirken der Europäischen Union zurück.

Ich hätte nochmal eine Frage zu der Methodik. Also das würde ja bedeuten, dass Sie in den Daten auch diese Fragen zu der Zufriedenheit haben „Wie zufrieden sind Sie mit der Beschäftigungspolitik der Europäischen Union?“, denn sonst können Sie das ja nicht miteinander in Verbindung bringen, oder wie machen Sie das methodisch?

In diesem Einkommensdatensatz haben wir leider sehr wenig Fragen nach Einstellungen und darum gibt es da einfach Grenzen. Dann versuchen wir, andere Datensätze zu kombinieren, oder gelegentlich gibt es mal subjektive Daten, aber das ist eine große Aufgabe, die wir uns gestellt haben, mit der wir auch noch kämpfen. Verfügbar sind vor allem objektive Daten zu Einkommens- und Lebensbedingungen. Subjektive Daten gibt es auch, aber die sind eben nicht mit Einkommensdaten verknüpft und wir tun uns schwer damit, die zu verkoppeln. Das geht dann nur auf nationaler Ebene. Dadurch ist es mit enormen methodischen Problemen verbunden, Schlüsse auf die individuelle Einkommens- und Lebenszufriedenheit zu ziehen.

Genau, die können Sie dann nicht von der europäischen Ebene ableiten, wenn Sie nicht danach gefragt haben. Sie haben schon gesagt, dass das gegebenenfalls eine Aufgabe ist. Ist das für Sie auch eine Forschungsfrage? Sind Sie dabei zu versuchen, dass zukünftig solche Datensätze erhoben werden können, auch mit Einstellungsfragen im gesamteuropäischen Raum, oder wo würden Sie in den nächsten Jahren ihre Schwerpunktthemen in der Forschung sehen?

Jetzt bin ich erstmal sehr froh, dass wir den Abschlussbericht der Forschergruppe beendet haben. Der ist in den letzten Jahren entstanden und ist jetzt gerade bei Routledge erschienen. In dem Buch geht es um die „Horizontale Europäisierung – Die Transnationalisierung sozialer Felder des sozialen Raums“. Und ansonsten schreibe ich an einem Buch über soziale Ungleichheiten in Europa und möchte das im nächsten Jahr beenden.

Also Sie werden auch in den nächsten Jahren weiter in diesem Themenfeld arbeiten. Welche vertiefenden Fragestellungen haben Sie denn da schon im Kopf, die Sie untersuchen möchten?

Im Moment schreibe ich gerade an einem Artikel, wo ich die beiden Peripherien in Europa, die süd- und die osteuropäische Peripherie, vergleiche und versuche herauszufinden, warum sich Osteuropa so gut entwickelt und Südeuropa sich kaum entwickelt hat. Das werde ich

nächsten Monat in Madrid vorstellen und ich hoffe, dass ich bis dahin gute Ideen habe.

Ach so, ich hätte jetzt nämlich gefragt, ob Sie schon eine gute Idee haben und vielleicht schon einmal ein bisschen verraten können, was Sie denn in Madrid erzählen möchten oder was Ihre Kernthese sein wird.

Naja, es ist auffällig, dass Osteuropa sehr stark auf Industrie gesetzt hat und dass die gesamte europäische Industrie sich in den 10 bis 15 Jahren restrukturiert hat, das heißt, Osteuropa ist extrem erfolgreich durch die Verkopplung mit der westeuropäischen Industrie, die in erheblichem Maße Fertigungswerke verlagert hat, etwa nach Tschechien, Polen oder in die Slowakei. Denken Sie an die zahlreichen Automobilwerke und ihre Zulieferer in Bratislava, Poznań, Mlada Boleslav, Walbrzych oder Győr. Südeuropa war anscheinend auch aufgrund höherer Arbeitskosten und geringerer industrieller Qualifikationen nicht attraktiv für solche Verlagerungsstrategien. Das heißt, es hat sich eine europaweite Arbeitsteilung herausgebildet, wo Osteuropa sehr erfolgreich war bei dem Anwerben von Industrie, während Südeuropa vor allem auf private und öffentliche Dienstleistungen gesetzt hat, etwa im Tourismus.

Das würde ja aber, wenn man jetzt wieder zurückgeht zum Anfang, dazu führen, dass man relativ schnell innerhalb Europas die Löhne angeglichen hat und damit Südeuropa relativ unattraktiv für Wirtschaftsakteure aus dem Kerneuropa gewesen ist, während in Osteuropa diese Angleichung der Bezahlungen nicht so schnell und bis heute noch nicht erfolgt ist. Was wiederum dazu führen würde, dass eine gewisse Ungleichheit in der Lohnentwicklung sogar positive Auswirkungen auf die Beschäftigungspolitik vor Ort hat, auch auf die Arbeitslosigkeit und damit im Prinzip im Nachgang, wenn man das über eine längere Zeit sehen würde, auch auf die Reduzierung von sozialer Ungleichheit. Denn in dem Moment, wo Sie die Löhne dort exorbitant anheben, aber im Prinzip nicht die Wirtschaftskraft dahinter haben, werden automatisch die Lebensmittel und alles, was damit zu tun hat, teurer und passt sich mit an und das würde im Prinzip den Kern, den Sie vorhin gesagt haben, ein bisschen der These, die Sie gerade genannt haben, widersprechen oder nicht?

Vielleicht. Man muss in Südeuropa allerdings scharf zwischen öffentlichem Sektor und privatem Sektor unterscheiden und die Lohnexpansion, die Sie beschreiben, die fand vor allem im öffentlichen Sektor statt und in Spanien natürlich im Bauwesen. Vielleicht ist es hilfreich, sich dann die industriellen Beziehungen, das heißt die starke Rolle von Gewerkschaften im öffentlichen Sektor, anzuschauen, die eben zu solchen Asymmetrien und zu Verdrängung von privaten Investitionen geführt haben.

Ja, da würde ich jetzt zustimmen, aber trotzdem führt das natürlich dazu, dass in dem

Moment, wo der öffentliche Sektor mehr bezahlt, alle Menschen im öffentlichen Sektor arbeiten möchten, und das zieht eine gewisse Aktivität nach sich. Also, da sind vielleicht auch Fehler gemacht worden, was die Angleichung von Löhnen direkt nach Einführung des Euros anbelangt, in der kurzen Zeit, während Osteuropa das eben nicht gemacht hat und damit heutzutage einen gewissen Vorteil gegenüber den anderen Staaten hat.

Die Euroeinführung hat in Südeuropa zu einer riesigen Blase geführt, denn man hatte immer 20 % Zinsen oder so, also extrem hohe Zinsen, weil man eben mit der nächsten Abwertung kalkuliert hat. Mit der Euroeinführung sind natürlich diese hohen Zinsen dramatisch runtergegangen, das heißt, viel mehr Investitionen wurden scheinbar rentabel. Das heißt, riesige Summen sind in die Länder geflossen, ohne dass sie vielleicht hinreichend produktiv verwendet wurden, sondern eher in den öffentlichen Dienst oder in die Bauwirtschaft geschoben wurden. Denken Sie an die Immobilienblase in Spanien oder im öffentlichen Sektor in Griechenland.

Genau, und dann entsteht, glaube ich, ein politisches und auch soziales Problem in Europa, wenn man in dem Zusammenhang den europäischen Transferländern erklärt, sie müssen jetzt Transferleistungen nach Südeuropa bezahlen, obwohl sie die Chance gehabt hätten, mit Einführung des Euros entsprechend auch Produktivität aufzuholen, wenn sie nicht die Anpassung der Löhne in der Kurzfristigkeit durchgeführt hätten.

Ich glaube, es hat wenig Sinn, sich über verschüttete Milch Gedanken zu machen. Tatsache ist jedenfalls, dass das zentrale Problem der Eurozone jetzt Italien ist. In Italien stagniert die Wirtschaft seit Einführung des Euro und Italien hat kein Mindestsicherungssystem, die Produktivitätsentwicklung ist minimal. Sie können jetzt zu Recht sagen, da gibt es natürlich auch politische Fehlentwicklungen, man hat eine gewisse Präferenz für Clowns im Bereich der Politik. Die Tatsache bleibt, dass wir mit dem Euro in einer Schicksalsgemeinschaft leben, und wenn man mit den damit verbundenen Problemen nicht adäquat umgeht, dann betrifft uns das alle. Und dann hilft es auch nicht, schwarze Peter zu verteilen.

Ich habe noch eine ganz andere Frage: Warum sind Sie Professor geworden? Oder hat sich das so ergeben?

Jetzt haben Sie mich richtig verblüfft. Man wird nicht Professor, man entscheidet sich dafür, in der Forschung zu bleiben, und ich habe in den 80er Jahren mein Studium in Bielefeld beendet, habe vorher in Italien und dann anschließend in Frankreich studiert, zeitweise auch in Großbritannien und in den USA. Mir hat die international vergleichende Forschung Spaß gemacht. Ich bin ja schrittweise in die Forschung reingekommen, über unterschiedlichste Projekte, erst im Bereich der Gießereiindustrie und der Bekleidungsindustrie, in denen ich

international vergleichende Projekte durchgeführt haben. Dann haben wir ein Projekt über die Einführung von Produktionsplanungs- und Steuerungssystemen in Frankreich, Italien und Deutschland bekommen, Digitalisierung, würde man heute sagen. Anschließend habe ich eine Assistentenstelle in Bielefeld bekommen und nebenbei noch Wirtschaftswissenschaften studiert, weil die Tätigkeit als Soziologe doch sehr unsicher war. Mit mir sind 400 Studierende im Bereich Soziologie angefangen. Anschließend war ich stellvertretender Bereichsleiter an der Akademie für Technikfolgenabschätzung in Stuttgart, habe unterschiedliche Professuren vertreten und irgendwann habe ich den Ruf an die Universität Bamberg bekommen. Das war in Kurzform mein Weg zur Professur.

Aber das ist ein langer Weg, oder?

Ich glaube, jeder Lebensweg ist lang. Es ist vor allem ein Weg, der mit sehr vielen Unsicherheiten verbunden ist, und das gilt natürlich für die heutige Generation genauso. Die heutige Generation muss sich in erheblichem Maße auf einem internationalen Publikationsmarkt behaupten, muss Stellen finden, das ist leichter als früher, aber Journal-Veröffentlichungen sind erheblich schwerer als in meiner Zeit.

Was reizt Sie daran, Lehre zu machen? Also außer vielleicht die Massenveranstaltungen.

Auch die Massenveranstaltungen mache ich sehr gerne. Ich glaube, ich überfordere die Studenten hoffnungslos. Bei den Evaluationen sagen die immer: viel zu viele Folien, das heißt, viel zu viel Stoff. Aber ich versuche, mein ganzes Wissen über soziale Ungleichheiten und die Bestimmungsfaktoren sozialer Ungleichheiten in eine Veranstaltung zu packen, das heißt in 13, 14 Stunden. Das ist für die Studierenden, in dem Fall im zweiten Semester, eine hoffnungslose Überforderung. Ich hoffe aber trotzdem, dass sie damit einen gewissen Einblick in die Themen und Forschungsfragen der Soziologie bekommen. In kleineren Seminaren machen mir die Gespräche mit den Studierenden Spaß, weil die auch sehr unterschiedliche Erfahrungen haben. In einem Seminar über Europastudien haben wir einen Briten, der es einfach als unhöflich empfindet, über den Brexit zu reden. Das ist wohl ein wunder Punkt, über den man höflicherweise einfach nicht redet. Es sind auch zwei Amerikanerinnen dort, und wie die Europa sehen und was sie davon wissen oder auch nicht wissen oder was Studierende von Europa wissen, das ist für mich richtig spannend.

Ist es vor allem deswegen spannend, weil Sie ja hier primär Lehrerausbildung machen? Das sind dann die Menschen, die später mal Schüler unterrichten, also eine neue Generation. Was versuchen Sie, denen als die primäre Aussage mit auf den Weg zu geben, damit Sie später gute Lehrer werden, was dieses ganze Themenfeld Politik,

Gesellschaftswissenschaften anbelangt? Kann man das vielleicht so in ein bis zwei Sätzen zusammenfassen?

Wir bilden zwar Lehrer aus, aber als Fachwissenschaftler, und ich versuche, den Studierenden schon ein gewisses Wissen über Gesellschaft und gesellschaftliche Ungleichheit mitzugeben. Auch über demografische Entwicklungen. Studierende sind ja anders politisch aktiv als die ältere Generation und ich versuche eben klarzumachen, dass Entscheidungen etwa über Alterssicherung letztendlich auch sie betreffen. Wenn sich eine Regierung dazu entscheidet, Dutzende und Hunderte von Milliarden in Müttergeld I, in Müttergeld II, in Rente mit 63 oder in verlängertes Arbeitslosengeld zu stecken, dass das auch sie betrifft.

Also Sie versuchen ihnen zu vermitteln, dass es sinnvoll ist, sich zu beteiligen, weil es Auswirkungen auf ihr späteres Leben hat und dass das eine zentrale Aufgabe ist, die sie vielleicht auch als Lehrer haben.

Ich versuche ihnen auch klarzumachen, in welchem Ausmaß sie an der Reproduktion sozialer Ungleichheiten beteiligt sind, denn Schulen sind zentrale Orte für die Förderung und Selektion von Schülern. Wir haben ja ein Bildungssystem, wo soziale Herkunft eine extrem hohe Bedeutung für den Bildungserfolg hat. Das heißt, die Ausbildungschancen von Menschen aus niedrigen sozialen Schichten oder von Menschen mit Migrationshintergrund sind erheblich viel schlechter als die von anderen sozialen Gruppen. Da versuche ich ihnen auch Maßzahlen, statistische Zahlen an die Hand zu geben, mit denen sie solche Chancenungleichheiten berechnen können. Und ich versuche, ihnen die Mechanismen zu erklären, mit denen soziale Ungleichheiten repräsentiert werden. Das sind nämlich nicht unbedingt die bösen Lehrer oder die bösen Arbeitgeber, die eben bewusst Leute aus höheren sozialen Schichten einstellen. In erheblichem Maße sind das Entscheidungen, die Kinder aus einfachen Verhältnissen selber treffen. Man entscheidet sich nicht für riskante, das heißt für lange Studiengänge, für lange Ausbildungswege, sondern man versucht eher, den kürzeren Weg zu gehen, und das ist oftmals der Weg, der in einfachere soziale Positionen führt.

Welche Mechanismen gibt es denn noch, die dazu führen? Also einmal die eigenen Entscheidungen desjenigen, der aus einer sozial niedrigeren Schicht kommt oder zugezogen ist. Welche Mechanismen gibt es noch, die jetzt nicht vom Arbeitgeber oder vom Lehrer abhängen?

Lehrende stammen in erheblichem Maße aus der Mittelschicht, das heißt, Schüler, die souverän auftreten, auch bei offensichtlicher Inkompetenz, die eben sagen, „natürlich weiß ich, wie das geht“, „natürlich beherrsche ich das“, das wird natürlich von Lehrenden positiv bewertet. Das heißt, der typische Mittelschichthabitus führt immer noch zum Erfolg. Kinder aus unteren Schichten zweifeln vielfach an sich selber, stellen sich weniger in den Mittelpunkt,

das gilt übrigens auch für Frauen.

Gibt es noch weitere? Oder sind das die zentralen?

Neuerdings stehen Frauen eher auf der Gewinnerseite – auch aufgrund der Bildungsexpansion und des Wachstums der Dienstleistungen. Allerdings mit Ausnahme der Alleinerziehenden ... Im europäischen Vergleich stehen vor allem Personen aus einfacheren sozialen Verhältnissen, Geringqualifizierte, Jugendliche und Menschen mit Migrationshintergrund auf der Verliererseite. In Südeuropa – nicht jedoch in Deutschland – werden Jugendliche systematisch ausgegrenzt. Das sind die wichtigsten Randgruppen des Arbeitsmarkts – neben den Langzeitarbeitslosen, über die ich ja seit vielen Jahren forsche.

Was haben Sie denn rausbekommen, warum jemand langzeitarbeitslos ist, und ob es überhaupt die Möglichkeit gibt, die aus dem System herauszubekommen oder dieses System zu verändern? Welche Möglichkeiten und Mechanismen gibt es da?

Also, Langzeitarbeitslosigkeit ist die Achillesferse des europäischen Wohlfahrtsstaates, fast die Hälfte aller Arbeitslosen in Deutschland und Europa sind Langzeitarbeitslose, das heißt Arbeitslose, die länger als ein Jahr arbeitslos sind. Das zentrale Mittel gegen Langzeitarbeitslosigkeit ist eine möglichst gute und rasche Arbeitsmarktvermittlung von Arbeitslosen, damit diese gar nicht erst längerfristig arbeitslos sind. Genau das hat man seit 2005 mit den Hartz IV-Reformen versucht. Wenn jemand erst einmal dauerhaft arbeitslos ist, dann ist es extrem schwierig, ihn wieder einzugliedern. Jobcenter gerade auch hier in Oldenburg setzen deshalb in erheblichem Maße auf psychologische Betreuung, auf Beratung, auf Unterstützung auch bei der Kinderbetreuung, auf Entschuldungen. Man muss eine Vielzahl von Unterstützungsleistungen erbringen, die in erheblichem Maße in Deutschland von Jobcentern koordiniert werden, aber auch von privaten und öffentlichen Trägern, etwa von der Kommune oder von Wohlfahrtsverbänden erbracht werden.

Jetzt habe ich noch eine Abschlussfrage: Warum leben Sie gern in Oldenburg?

Oldenburg ist eine wunderbare, grüne Stadt. Wir haben einen wunderbaren Garten direkt in der Nähe des Pferdemarktes, wir können dann zum Pferdemarkt gehen und dort einkaufen. Auch gibt es hier viele Seen, in denen wir im Sommer schwimmen können. Oder im Winter im OLANTIS. Es ist ein wunderbarer Ort, wo man auch mit dem Fahrrad überall hinkommen kann. Auch wohnen wir in der Nähe des Bahnhofs und von da aus kann man dann überall hinfahren, natürlich auch zum Flughafen.

Herr Heidenreich, ich danke Ihnen für das Gespräch und die neuen Erkenntnisse, die ich gewinnen konnte und hoffentlich auch alle, die das Interview lesen oder hören

oder angucken. Vielen Dank!

Frau Meincke, ich gratuliere Ihnen ganz herzlich zu dem Interview, das haben Sie wunderbar gemacht!

Das Interview wurde am 7. Juni von Frau Dr. Meincke in den Räumen des Instituts für Sozialwissenschaften der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg geführt.